

Interpellation FDP Fraktion vom 30. November 2009

Institut für Gesundheitsökonomie an der Universität St.Gallen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 9. Februar 2010

Die FDP-Fraktion regt in ihrer Interpellation vom 30. November 2009 die Einrichtung eines Instituts für Gesundheitsökonomie an der Universität St.Gallen (HSG) an. Sie will von der Regierung wissen, wie sie den Bedarf für Forschungsaufgaben in diesem Bereich beurteilt und welche Möglichkeiten die Regierung zur Finanzierung eines solchen Instituts durch Dritte sieht.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung hat bereits seit den 1970er Jahren verschiedene Aktivitäten zur Erforschung der Probleme des Gesundheitswesens in ihren medizinischen, wirtschaftlichen und technischen Aspekten auf universitärer Ebene unternommen. Mit dem Aufbau der Fachhochschulen in den 1990er Jahren kam zur Grundlagenforschung auf universitärer Ebene die angewandte Forschung auf Fachhochschulebene hinzu. In diesem Kontext übernahm im Jahr 1996 die damalige Interstaatliche Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule St.Gallen (HWV) von der HSG die Forschungsgruppe für Management im Gesundheitswesen (FMiG), die bisher am Institut für Finanzwirtschaft und Finanzrecht der HSG angesiedelt war, und wandelte sie in ein vollwertiges Institut der damaligen HWV um. Die FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften (FHS) führte als Nachfolgerin der HWV das Institut weiter. Das FMiG war in den Bereichen Management, Systemgestaltung und Health Technology Assessment sowie Gesundheitsökonomie tätig. Weil über längere Zeit kein Erfolg in der Einwerbung von Drittmitteln verzeichnet werden konnte, wurden die Forschungstätigkeiten des FMiG auf Ende des Jahres 2002 eingestellt.

Im Jahr 2005 wurden an der FHS neu der Fachbereich Gesundheit sowie das Institut für Angewandte Pflegewissenschaften gegründet. Ein Teil der Aktivitäten des ehemaligen FMiG wurde in diesen Fachbereich integriert. Die heutigen Forschungsschwerpunkte der FHS liegen im Gesundheits- und Pflegemanagement. Zusätzlich bietet die FHS auf der Weiterbildungsstufe einen Master of Advanced Studies in Health Service Management (Integrales Spitalmanagement) an, der sich an Mitarbeitende in Spitälern und anderen Gesundheitsinstitutionen mit mehrjähriger Berufs- und Führungserfahrung richtet. Das Hauptgewicht dieser Zusatzausbildung liegt auf einem kundenorientierten und kosteneffizienten Management in Gesundheitsorganisationen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Regierung stimmt der Einschätzung der Interpellantin zu, wonach gesundheitsökonomischen Fragen ein zunehmend höherer Stellenwert zukommt. Das Forschungsgebiet der Gesundheitsökonomie ist auch von hoher gesellschaftlicher Relevanz. Diese leitet sich einerseits aus dem starken demografischen Wandel und den damit verbundenen finanziellen, rechtlichen und sozialen Herausforderungen und andererseits aus dem geschärften individuellen Gesundheitsbewusstsein ab. Die Erfolgsaussichten des von den Interpellanten geforderten Forschungsinstituts für Gesundheitsökonomie an der HSG sind allerdings in Abhängigkeit der bestehenden Angebote anderer Hochschulinstitute zu betrachten.

Im Bereich der Gesundheitsökonomie bestehen in der Deutschschweiz vereinzelte Aktivitäten, die insbesondere von Inhabern volkswirtschaftlicher Lehrstühle ausgehen. Hier sind vor allem die Abteilung Gesundheitsökonomie und Sozialpolitik am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel (Prof. Jürg Sommer), das Sozialökonomische Institut der Universität Zürich (Prof. Peter Zweifel) sowie das Volkswirtschaftliche Institut der Universität Bern (Prof. Robert E. Leu) anzuführen. Keiner der genannten universitären Lehrstühle ist ausschliesslich in der Gesundheitsökonomie tätig. An der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) besteht auf Fachhochschulstufe mit dem Institut für Gesundheitsökonomie ein Forschungszentrum, das seit mehr als zehn Jahren vor allem praxisorientiert arbeitet und die Bereiche Gesundheitsökonomie, Gesundheitsmanagement sowie Versorgungsforschung abdeckt. Auf universitärer Ebene gibt es in der Schweiz weder einen Lehrstuhl noch ein Zentrum, das sich konzentriert mit der Thematik des Managements im Gesundheitswesen befasst. An der HSG bestehen in diesem Bereich jedoch seit mehreren Jahren punktuelle Aktivitäten: Das Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus, vertreten durch die Professoren Johannes Rüegg-Stürm und Kuno Schedler, ist mit Forschungsprojekten und -programmen sowie Transferangeboten (Weiterbildung und Dienstleistungen) in der Praxis vertreten. Dazu kommen weitere Forschungsarbeiten zum Thema E-Health am Institut für Wirtschaftsinformatik sowie ein Diplomprogramm zur Ausbildung von Führungspersonen und -nachwuchs des Kantons-
spitals St.Gallen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Bedarf für Forschungsaufgaben im Bereich der Gesundheitsökonomie vorhanden ist. Die HSG hätte unter Umständen sogar ein strategisches Interesse am Aufbau eines interdisziplinär ausgerichteten Instituts für Gesundheitsökonomie unter der gezielten Nutzung der bestehenden Expertise der HSG. Voraussetzung dazu wäre jedoch, dass die nachfolgend in Ziff. 2 erläuterten finanziellen Rahmenbedingungen erfüllt werden könnten. Bereits heute werden jedoch, ohne ein spezifisches Institut für Gesundheitsökonomie, das Wissen und die bestehenden Forschungsschwerpunkte der HSG genutzt, um gezielte Fragestellungen im Bereich der Gesundheitsökonomie analysieren und erforschen zu lassen. Das in diesem Bereich bestehende Angebot an Forschungsaktivitäten in der Schweiz ist insgesamt als angemessen zu betrachten.

2. Die Entscheidung über die Gründung eines Instituts an der HSG liegt unter Wahrung der Autonomie beim Universitätsrat der HSG. Ausgehend von den Erfahrungswerten der HSG wäre für ein interdisziplinär auszurichtendes Institut mit einer Minimalausstattung von zusätzlich drei Professuren (300 Stellenprozent) und drei Nachwuchsdozenturen (225 Stellenprozent) für die Bereiche *Gesundheitsökonomie und Public Health, Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik* sowie *Management im Gesundheitswesen* zu rechnen. Die daraus resultierenden Zusatzkosten belaufen sich auf rund 2,25 Mio. Franken im Jahr (600'000 Franken je Professur einschliesslich Assistenzen, Sekretariat, Infrastruktur, Services usw. und 200'000 Franken je Nachwuchsdozentur). Hierzu ist anzumerken, dass für eine erfolgreiche Etablierung eines Hochschulinstituts ein Zeitraum von rund zehn Jahren notwendig ist. Die Finanzierung eines solchen Instituts kann nicht über das bestehende Budget der HSG erfolgen. Mit der Gründung eines Instituts für Gesundheitsökonomie müsste der Staatsbeitrag an die HSG jährlich wiederkehrend um rund 2,25 Mio. Franken aufgestockt werden. Dies im Sinn einer strategischen Investition in den Bildungsstandort St.Gallen.

Nach Einschätzung der Universitätsleitung liegt der unmittelbare Handlungsbedarf an der HSG in anderen Bereichen: Die in den letzten Jahren rasante Entwicklung der Studierendenzahl an der HSG hat zu deutlich verschlechterten Betreuungsverhältnissen geführt. Um die Betreuungsverhältnisse zu verbessern und damit eine den HSG-Ansprüchen genügende Qualität der Lehre zu sichern, werden in den kommenden Jahren zusätzliche finanzielle Mittel erforderlich sein. Dies wird angesichts des angespannten gesamtwirtschaftlichen Umfelds weiter schwierig bleiben. Der Kanton St.Gallen musste bereits in den Bud-

getanträgen der HSG für das Jahr 2010 Kürzungen vornehmen. Weiter trägt der kantonale Aufgaben- und Finanzplan 2011-2013 der unsicheren Konjunktorentwicklung Rechnung und sieht deshalb vor, klare Prioritäten in der Mittelverwendung zu setzen. Die Regierung sieht – wie in Ziff. 1 und Ziff. 2 dargelegt – keine zwingende Notwendigkeit, an der HSG ein Institut für Gesundheitsökonomie zu errichten. Unter Berücksichtigung der Prioritäten an der HSG verzichtet sie deshalb darauf, ein solches an der HSG anzulegen.

3. Was die zu erwartenden Erträge aus Forschung, Dienstleistungen und Weiterbildung eines Instituts für Gesundheitsökonomie betrifft, so scheint aus Erfahrungswerten der HSG mittelfristig ein im Markt erzielbarer Drittmittelumsatz (einschliesslich Gelder der Forschungsförderungen) von rund 2 Mio. Franken realistisch. Diese erwartbaren Erträge von Dritten sind jedoch abhängig vom Themenfeld und der Konjunkturlage. Die jährliche Grundfinanzierung von rund 2,25 Mio. Franken des Kantons St.Gallen ist hingegen unabhängig von den eingeworbenen Drittmitteln als wiederkehrender Beitrag für die Grundausstattung des Instituts zu gewährleisten. Darüber hinaus sind für das Institut für Gesundheitsökonomie auch verschiedene Kofinanzierungsmodelle denkbar, die an der HSG auf anderen Gebieten bereits erfolgreich praktiziert werden. Hierzu ist festzuhalten, dass alle Kofinanzierungsmodelle eine grundsätzliche Zusage des Kantons voraussetzen, die Grundausstattung nachhaltig zu finanzieren. Zudem kommt der Wahrung der Unabhängigkeit einer universitären Einrichtung im Zusammenhang mit Kofinanzierungsmodellen eine grosse Bedeutung zu. Sponsoringformen als Mittel zur Finanzierung eines Instituts werden deshalb nur beschränkt und nach äusserst sorgfältiger Abwägung eingesetzt. Im stark politisierten Umfeld des Gesundheitswesens muss diesem Aspekt besondere Beachtung geschenkt werden, damit der Eindruck von Befangenheit gar nicht erst auftreten kann.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des unsicheren gesamtwirtschaftlichen Umfelds erscheint der Regierung eine substantielle Finanzierung eines Instituts für Gesundheitsökonomie durch private Finanzierungsformen ungewiss.